

STELLUNGNAHME

der Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche

zur Beschlussvorlage 19/SVV/1166
anlässlich der Sondersitzung des Hauptausschusses am 24.1.2020

Potsdam, den 17. Januar 2020

Inhalt

1. Die Position der Bürgerinitiative	1
2. Zur bestehenden Beschlusslage	1
3. Zur gesellschaftlichen Stimmungslage	2
4. Zur Stiftung.....	4
5. Zum Rechtsruck.....	6
6. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen	8

1. Die Position der Bürgerinitiative

Die Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche vertritt über 16.000 Potsdamer*innen, die 2014 die Auflösung der Stiftung Garnisonkirche forderten. Bestätigt wird die Stimmungslage Jahr für Jahr im Potsdamer Bürger*innenhaushalt, wo die Ablehnung des Projekts Garnisonkirche regelmäßig den Spitzenplatz belegt.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir die vorliegende Beschlussvorlage ab. Anstatt den Voten der Bürger*innen Rechnung zu tragen und entsprechend Haltung zu zeigen, verschärft der Vorschlag den bestehenden Konflikt durch ein klares Bekenntnis zum Turm und zur Stiftung. Zudem eröffnet er vollkommen unnötig ein zusätzliches Konfliktfeld rund um das Kirchenschiff, wo überhaupt kein Handlungsdruck bestand.

im Folgenden gehen wir auf die Beschlussvorlage genauer ein.

2. Zur bestehenden Beschlusslage

Der OB begründet die Notwendigkeit eines neuen Beschlusses mit einer vermeintlich „widersprüchlichen Beschlusslage“. Ein solches Dilemma liegt unserer Ansicht nach nicht vor. In einer Demokratie müssen Politik und Gesellschaft auf neue Entwicklungen reagieren können. Wenn ein alter Beschluss sich als unvernünftig, nicht mehr zeitgemäß o.ä. erweist, kann er selbstverständlich durch einen neuen Beschluss ergänzt, verändert oder aufgehoben werden. Der jüngere Beschluss gilt. Das ist eine notwendige Grundfunktion des Parlamentarismus.

Im Fall Garnisonkirche haben die neu gewählten Stadtverordneten 2014 mit der Annahme des Bürgerbegehrens augenscheinlich die Situation neu bewertet, den sechs Jahre alten Beschluss zum Stiftungsbeitritt revidiert und einen entsprechenden Richtungswechsel angestoßen. Eine unvoreingenommene Beobachter*in würde hierbei keinen Widerspruch sehen, sondern lediglich einen normalen demokratischen Vorgang des Umdenkens auf Basis einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung, in der faktenbasierte Argumente abgewägt wurden.

Die Wahrheit ist natürlich, dass die Annahme des Bürgerbegehrens nur ein formaler Trick war, um einen potentiell folgenschweren Bürgerentscheid zu verhindern und sich mit einer halbherzigen „Umsetzung“ des Beschlusses aus der Verantwortung zu stehlen. Der eigentliche Widerspruch liegt nämlich zwischen dem politischen Willen der Stadtverordneten bzw. des Oberbürgermeisters und den Forderungen des Bürgerbegehrens. Das zeigt sich bis heute an der Doppelmoral, nach der Beschlüsse zu Gunsten des Wiederaufbaus argumentativ zu dessen Legitimation herangezogen werden, egal wie alt sie sind, während dem erfolgreichen Bürgerbegehren keine solche Gültigkeit zugestanden wird. Als würde es nicht reichen, die direktdemokratische Willensäußerung der Stadtgesellschaft konsequent zu missachten, wird auch noch die Intelligenz der Bürger*innen beleidigt, indem die Stadt ihre Untätigkeit

mit konstruierten Mythen wie dem der „widersprüchlichen Beschlusslage“ zu rechtfertigen versucht oder achselzuckend auf die Baugenehmigung verweist (vgl. Punkt a) der Beschlussvorlage).

Uns erschließt sich weder, warum der formal klare Kurswechsel von 2014 keine „eindeutige Positionierung der Landeshauptstadt Potsdam in der Frage des Wiederaufbaus von Turm und Kirchenschiff“ darstellt, noch warum er keine „Grundlage für eine stadtgesellschaftliche Auseinandersetzung“ liefert. Gerade die Auflösung der Stiftung, der damit einhergehende Baustopp und der Abschied von ihrer privatisierten Gedenkkultur würden erst den Raum eröffnen, in dem eine ergebnisoffene Auseinandersetzung stattfinden kann. Je länger die Stiftung weiterhin mit dem Kopf durch die Wand will und Tag für Tag Fakten schafft, desto kleiner wird das Fenster für Mitgestaltung dieses Ortes durch die Bürger*innen. Diese Machtposition nutzt die Stiftung schamlos aus. Dass die Landeshauptstadt diese „baulichen Konturen“ anerkennen will, die angeblich der Versöhnung dienen, aber Stein um Stein die Stadtgesellschaft spalten, ist ein fatales politisches Signal.

Damit sei nicht gesagt, dass kein zusätzlicher Beschluss denkbar sei, der angemessen oder hilfreich sein könnte. Zweifellos gab es seit 2014 einige Entwicklungen, auf die die Stadt reagieren könnte, z.B. den Baustart der Turmkopie, die finanzielle Beteiligung des Bundes und der Kirche am Wiederaufbau, den Aufstieg der AfD, die neue Qualität der öffentlichen Debatte, die Veröffentlichung von Matthias Grünzigs Recherchewerk, die Ablehnung des Bürgerbegehrens zur Potsdamer Mitte inkl. FH-Abriss u.v.m.

Anhand dieser Umstände und *nur* anhand dieser Umstände ließe sich ein neuer Beschluss ableiten, nicht aus dem Bedürfnis der Stadtverordneten oder des Oberbürgermeisters, eine Beschlusslage zu ändern, die ihnen nicht gefällt.

Leider hat der Oberbürgermeister die nun zur Anhörung geladenen Akteur*innen nicht schon im Vorfeld zur Entwicklung seiner Beschlussvorlage konsultiert – zumindest unserer Kenntnis nach keine der kritischen Gruppen. Insofern verwundern weder der realitätsferne Charakter des Entwurfs noch die allseits ablehnenden Reaktionen. Im Folgenden möchten wir also einen Blick auf die aktuelle Situation werfen und daraus Vorschläge für einen möglichen Beschluss ableiten.

3. Zur gesellschaftlichen Stimmungslage

Entgegen der Hoffnung und dem Versprechen der Stiftung, die Stadt von oben herab mit ihrem Projekt zu versöhnen, haben bisher weder ihre inhaltliche Arbeit noch der wachsende Turm die öffentliche Akzeptanz ihres Projekts spürbar steigen lassen, im Gegenteil.

Bei der kürzlich beendeten Abstimmung im Bürgerhaushalt kamen 20.589 Punkte für die Forderung „Kein städtisches Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche“ zusammen, im Gegensatz zu nur

knapp 2.500 Punkten pro Garnisonkirche.¹ „Kein städtisches Geld“ steht stellvertretend für „keine städtische Unterstützung des Wiederaufbaus der Garnisonkirche“. Schließlich stellen die Arbeitsstunden des Oberbürgermeisters und sonstige städtische Ressourcen geldwerte Vorteile für die Stiftung dar.

Die allgemeine Lage in Potsdam hat sich insgesamt verschärft. Von behutsamer Stadtentwicklung kann in der rasant wachsenden Stadt kaum mehr die Rede sein. Während Mieten steigen und Menschen verdrängt werden, werden monotone Schlafstädte für Gutverdienende hochgezogen und gleichzeitig mit brachialer Gewalt ein historisierendes Stadtbild herbeigeführt – verschnörkelte Fassaden, die schon damals nur auf Kosten des „Pöbels“ gebaut werden konnten. Die rückwärtsgewandte Gestaltung der Potsdamer Innenstadt offenbart zugleich ein paternalistisches Demokratieverständnis seitens der städtischen Entscheidungsträger*innen.² Wie wenig die Bevölkerung sich in Potsdam gehört und berücksichtigt fühlt, war erst vor kurzem bei der Premiere des Dokumentarfilms „Schrott oder Chance“ deutlich spürbar. Das Trauma des Abrisses der Fachhochschule sitzt tief. Nur zwei Jahre nach dem de facto wirkungslosen Bürgerbegehren zur Garnisonkirche wurde ein weiteres Bürgerbegehren von der Stadt ausgehebelt und übergangen.

Seit Anfang 2015 bereichert die neue Nutzung des benachbarten Rechenzentrums die Stadt als Kultur- und Wirtschaftsstandort enorm und erfreut sich in Potsdam großer Beliebtheit. Die akute Abrissbedrohung dieses lebendigen Freiraums in der Innenstadt wird von vielen Potsdamer*innen als Neuauflage des FH-Abrisses wahrgenommen. Das Rechenzentrum muss als Player vor Ort berücksichtigt werden. Im Gegensatz zum Bau der Turmkopie wäre der vollständiger Erhalt des Hauses ein echtes Zeichen der Versöhnung an die Stadtgesellschaft.

Außerhalb von Potsdam schlägt die Empörung über die Wiedererstehung des militaristischen Machtsymbols immer mehr Wellen. Das ist sowohl am überregionalen Pressespiegel einschließlich konservativer Medien wie der FAZ³ abzulesen als auch an der prominenten Unterstützer*innenliste eines offenen Briefs, der u.a. mit seiner Forderung nach einer anderen Trägerschaft auf den Pfaden des Potsdamer Bürgerbegehrens wandelt.⁴

Auch die laufende Debatte über die Kriegsschuld der Hohenzollern liefert eher keine Argumente für eine romantisierende Wiedererrichtung ihres ehemaligen Kriegstempels.⁵

Das weiterhin dürftige Spendenaufkommen spricht ebenfalls für sich. Jahrelang beteuerte die Stiftung, die Spenden würden fließen, sobald der Turm in die Höhe wachse. Nun wächst der Turm langsam in die

¹ <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/10387/votierung>

² <http://potsdam-stadtfueralle.de/2019/10/31/dann-sollen-sie-doch-kuchen-essen/>

³ <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/potsdamer-garnisonkirche-fragwuerdiges-rekonstruktionsprojekt-15308380.html>

⁴ <https://www.change.org/p/bundespr%C3%A4sident-dr-frank-walter-steinmeier-bruch-mit-den-rechtslastigen-und-militaristischen-traditionen-der-garnisonkirche-potsdam>

⁵ Eier aus Stahl: Prinz Georg Friedrich von Preußen | NEO MAGAZIN ROYALE mit Jan Böhmermann - ZDFneo
<https://www.youtube.com/watch?v=kFZKaXi7HyM>

Höhe und es wird immer klarer, dass der belastete Symbolbau kein attraktives Spendenobjekt für die breite Masse ist. Zum Vergleich: Die Dresdner Frauenkirche, in deren Fußstapfen die Potsdamer Wiederaufbauer*innen so gerne treten würden, wurde mit rund 103 Mio. Euro zu 56% aus privaten Spenden finanziert und innerhalb von 14 Jahren nach dem „Ruf aus Dresden“ sogar frühzeitig fertiggestellt.⁶ Die Garnisonkirche ist davon nach 15 Jahren „Ruf aus Potsdam“ allem Anschein nach Lichtjahre entfernt. Der Wiederaufbau wird inzwischen größtenteils aus öffentlichen Geldern finanziert.

4. Zur Stiftung

In den letzten fünf Jahren konnte die Stiftung weder gegebene Versprechen halten noch die im Zuge des Bürgerbegehrens kritisierten Mängel beseitigen. Ihre finanzielle sowie konzeptionelle Fehlplanung ist nicht mehr von der Hand zu weisen.

Finanzen

Allem voran hat sich die Spendenlüge endgültig bewahrheitet, wie bereits beschrieben. Um die öffentliche Förderung ranken sich widersprüchliche Zahlen. Sowohl bei den angegebenen Baukosten als auch bei der Sicherung der Gesamtfinanzierung sind erhebliche Zweifel angebracht. Die Kosten für den gesamten Turm beziffert die Stiftung seit Jahren unverändert mit rund 40 Millionen Euro, trotz enorm gestiegener Baupreise, auf deren Basis unabhängige Experten von bis zu 54 Millionen Euro für den Turm ausgehen. 2016 reduzierte die Stiftung ihre Kostenprognose sogar zwischenzeitlich auf 37,8 Millionen Euro. Gleichzeitig beantragt sie überall Zusatzmittel für gestiegene Kosten. Anscheinend verschlingt die Stiftung selber so viel Geld, dass das Projekt sich stetig verteuert. Die Öffentlichkeit wird über die tatsächlichen Kosten und die Höhe der Spendeneinnahmen im Dunkeln gelassen. Aus den wenigen Angaben, die verlautbart werden, erschließt sich rechnerisch ein Spendenfluss, der gegen Null geht.

Anstatt die geringe gesellschaftliche Unterstützungsbereitschaft als Denkanstoß für einen Kurswechsel zu nehmen, nimmt die Stiftung nun billigend ein öffentliches Millionengrab in Kauf und pokert mit der Angst der Politiker*innen vor der Blamage einer Bauruine mitten in einer Landeshauptstadt. „Verantwortung lernen“ sieht anders aus.

Konzept

Obwohl sich der Turm nun dank staatlicher Zuschüsse im Bau befindet, ist das „Versöhnungskonzept“ nach 15 Jahren immer noch schockierend unkonkret. Mittlerweile verfügt die Stiftung über einen wissenschaftlichen Beirat. Dieser ließ öffentlich wenig verlautbaren, jedoch kritisierte dessen Vorsitzender Paul Nolte das Nutzungskonzept und befand eine Untersuchung der „unzumutbaren“

⁶ <https://www.frauenkirche-dresden.de/interim/wiederaufbauspenden/>

Glocken für überflüssig. Auch unsere Kritikpunkte „Geschichtsrevisionismus, Relativierung und Verharmlosung nationalistischer Veranstaltungen“ erwähnt Nolte.⁷

Die Geschichtsvermittlung führt ungebrochen den geschichtsrevisionistischen Tenor des „Rufs aus Potsdam“ von 2004 weiter. Dieser enthält zahlreiche bedenkliche Behauptungen, die die Kirche (und stellvertretend Deutschland?) in einer Opferrolle darstellen.⁸ Der alliierte Luftangriff vom 14. April 1945 wird als ungerechtfertigt bezeichnet. Der Abriss der Ruine gilt als „Hinrichtung“ (auf der Startseite ihrer Homepage suggeriert die Stiftung sogar, die DDR habe einen intakten Kirchturm sprengen lassen).

Am liebsten geht die Stiftung mit dem Militärputsch vom 20. Juli 1944 hausieren. Immer wieder wird ganz ungeniert suggeriert, dass die Garnisonkirche eine zentrale Rolle bei der Verschwörung gespielt habe – sei es in der Stiftungssatzung⁹, ihrem Nutzungskonzept¹⁰ oder in ihren Publikationen und Veranstaltungen. Dies ist jedoch nachweislich historisch inkorrekt, obwohl ein paar der Verschwörer irgendwann in ihrem Leben (lange vor 1944) Mitglieder der Militärgemeinde waren.¹¹

Die Veröffentlichung des schonungslosen Recherchewerks „Für Deutschtum und Vaterland. Die Potsdamer Garnisonkirche im 20. Jahrhundert“ von Matthias Grünzig im Jahr 2017 ist ihr bis heute ein Dorn im Auge. Es liegt weder in der Nagelkreuzkapelle aus noch wird es online präsentiert.

Stichhaltige Fakten konnten die Stiftung bisher nicht von der Verbreitung von Mythen wie dem Sprengungsbefehl und der Verbindung zum 20. Juli abhalten. Durch gebetsmühlenartige Wiederholung platziert sie ihre „alternativen Fakten“ in den Köpfen der Öffentlichkeit. Regelmäßig fallen Presse und Politik darauf herein.

Ein weiteres Beispiel: Das häufig kolportierte Narrativ der „Reduzierung“ auf den „Tag von Potsdam“ durch die Kritiker*innen entspringt einzig der Fantasie der Stiftung. Die Gegner*innen sind es, die die jahrhundertlang durchweg düstere Geschichte der Garnisonkirche betonen und immer wieder darauf hinweisen. Die Rhetorik der Stiftung hingegen schlägt in dieselbe Kerbe wie Alexander Gaulands (einem Erstunterzeichner des Rufes aus Potsdam) „Vogelschiss“-Äußerungen. Dieser rhetorischen Strategie ist nun offenbar auch Mike Schubert auf den Leim gegangen, wie seiner Begründung zu entnehmen ist.

⁷ <https://www.pnn.de/potsdam/interview-zur-garnisonkirche-kritik-an-wiederaufbau-stiftung-aus-den-eigenen-reihen/24937408.html>

⁸ https://garnisonkirche-potsdam.de/fileadmin/user_upload/Ruf_aus_Potsdam.deutsch.grafik.pdf

⁹ https://garnisonkirche-potsdam.de/fileadmin/user_upload/Website/Dokument/Ueber_uns/140428_Satzung_akt._genehmigt.pdf

¹⁰ <https://www.pnn.de/potsdam/garnisonkirche-potsdam-kirche-staat-widerstand/22600950.html>

¹¹ https://www.bundes-esg.de/fileadmin/user_upload/aej/Studium_und_Hochschule/Downloads/Themen/2017-10Gutachten2.0_Geschichtsvermittlung.pdf

Zwischenfazit

Die Stiftung Garnisonkirche hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Ihr Verhalten ist alles andere als versöhnlich oder verantwortungsvoll. Mit Hilfe von Geschichtsklitterung bemüht sie sich, ihr Projekt gesellschaftlich erträglich zu machen. Sie verschlingt Steuergelder, ohne der Öffentlichkeit irgendeine Mitbestimmung zuzugestehen.

Am Kernproblem der Stiftung hat sich nichts geändert. Ihrer privatisierten Gedenkkultur wohnt ein fataler Interessenskonflikt inne. Bei der Stiftung und ihren Anhänger*innen dominieren städtebauliche Aspekte. Die ikonische Verehrung eines belasteten Gebäudes und eine kritische Aufarbeitung von dessen Geschichte stehen jedoch miteinander im Widerspruch. In einem unmöglichen Spagat will die Stiftung gleichzeitig die deutschtümelnden Sehnsüchte der privaten Spender*innen bedienen und den öffentlichen Geldgeber*innen ein seriöses Konzept verkaufen. Ihr Erfolg bei der Akquise staatlicher Fördermittel ist dabei eher hemmungslosen Lippenbekenntnissen und dubiosen Kalkulationen zuzuschreiben als einem fundierten Konzept.

Bis heute weicht die Stiftung elementaren und berechtigten Fragen aus: Warum muss der Turm originalgetreu wiederaufgebaut werden? Warum soll nicht das Nagelkreuz auf dessen Spitze, sondern die preußische Wetterfahne? Warum wird das neue Gebäude keinen neuen Namen tragen? Warum wird das Recherchewerk von Matthias Grünzig weder in der Kapelle ausgelegt noch im Onlineshop angeboten? Warum will die Stiftung nicht über Hass- und Hetzpredigten sprechen, über die Segnung von Völkermorden, preußischen Militarismus und Gehorsamskult, Potsdam als Nazi-Hochburg in der Weimarer Republik mit der Garnisonkirche als Hauptversammlungsort der Republikfeinde u.v.m.? Was ist überhaupt mit Versöhnung gemeint?

Diese Fragen sind nur ein paar Beispiele.

Eine Zusammenarbeit mit einem so agierenden Gremium sollte für die Landeshauptstadt undenkbar sein.

5. Zum Rechtsruck

Mit der AfD ist in den letzten Jahren eine rechtsradikale Partei in den Bundestag und in viele Länder- und Stadtparlamente eingezogen, die den Wiederaufbau der *Geburtsstätte des Dritten Reiches* mit Begeisterung aufnimmt.

Die Potsdamer AfD-Fraktion äußerte ihre Unterstützung u.a. im Juni 2018 in einem offenen Brief an die Stiftung und wünscht sich darin eine Versöhnung mit der eigenen Geschichte.¹² Die AfD Brandenburg fordert in ihrem Landtagswahlprogramm die „Entideologisierung von Monumenten wie der Potsdamer

¹² http://www.afd-potsdam.de/wp-content/uploads/2018/06/20180604_OffenerBrief_Garnisonkirche.pdf

Garnisonkirche“.¹³ Andreas Kalbitz betonte anlässlich eines Antrags der LINKEN im Bundestag auf Streichung der Bundesmittel, der Wiederaufbau der Garnisonkirche müsse „gesichert werden“, da sie „aus der Geschichte des Landes Brandenburg nicht wegzudenken ist.“¹⁴ Die berühmte Dresdner Rede des Faschisten Bernd Höcke weist gar erschreckende Parallelen zum „Ruf aus Potsdam“ auf, im Hinblick auf eine vermeintliche Opferrolle Deutschlands im Zweiten Weltkrieg. Den rekonstruierten Fassaden gilt es „einen neuen, würdigen Geist einzuhauchen“.¹⁵

Der Aufstieg der AfD hat unserer Besorgnis um den originalgetreuen Wiederaufbau und das Geschichtsverständnis, das in dessen Rahmen verbreitet wird, eine neue Qualität verliehen. In unserer Stadt entsteht ein gigantischer Prunkbau, der wie ein Magnet auf Neonazis wirkt. Für uns ist klar: Der notwendige Bruch muss am Turm selbst geschehen, nicht durch Ergänzungen zum Turm.

Hier eine unvollständige Liste der Dinge, die der Außenwirkung des 88 Meter hohen Turms keinen Abbruch tun:

- * Ausstellung und Veranstaltungen im Turm
- * Moderne Nachbargebäude im Umfeld des Turms
- * Inschrift am Fuß des Turms
- * Schirmherrschaft des Bundespräsidenten
- * Beteuerungen der Betreiber*innen des Wiederaufbaus

Vor allem der letzte Punkt wird häufig als Totschlagargument für die Unbedenklichkeit des Wiederaufbaus angeführt. Über die Gesinnung der Verantwortlichen für die Entstehung dieses Magnets möge sich jede*r selbst ein Urteil bilden. Für die Wirkungskraft des Turms ist sie aber unerheblich. Die Rhetorik der Wiederaufbauer*innen ist jedoch, aus welchen Gründen auch immer, zweifellos geprägt von Geschichtsrevisionismus, wie oben dargelegt, und damit für offenkundige Faschisten zitierfähig. Nach positiven Aspekten der Kirchengeschichte wird mit der Lupe gesucht, bei Bedarf werden sie auch konstruiert. Den dunklen Kapiteln widmet sich die Stiftung höchstens widerwillig und auf äußeren Druck hin. Die Garnisonkirche wird hauptsächlich als Opfer stilisiert - Opfer der alliierten Bomber, Opfer der DDR (obwohl dem Abriss lange Verhandlungen mit der Evangelischen Kirche vorangingen, die kein Interesse am Wiederaufbau der Garnisonkirche hatte), sogar Opfer der Nazis, die sie "missbrauchten".

Michael Karg von der Martin-Niemöller-Stiftung beurteilt das Auftreten der Stiftung wie folgt:
Die Schuldfrage wird abgehandelt im Sinne eines Selbstmitleids und einer selbstgerechten Empörung, verbunden mit der trotzigem Entschlossenheit, durch den Wiederaufbau (im korrekt historischen Stil!) die

¹³ https://afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2019/06/Wahlprogramm_Brandenburg_2019_ohne_kapitelbilder_kommentare_acc2144-01-06-19-final.pdf

¹⁴ <https://afd-fraktion-brandenburg.de/afd-fraktion-wiederaufbau-der-potsdamer-garnisonkirche-muss-gesichert-werden/>

¹⁵ https://pastebin.com/embed_iframe/jQujwe89

Spuren angeblich zwei Mal erlittenen Unrechts zu beseitigen. Es geht der Stiftung laut eigener Aussage "um die Heilung einer offenen Wunde im Stadtbild Potsdams".¹⁶

Wir fragen uns, welche Klientel das Wiederaufbauprojekt bedient. Eine klare Abgrenzung nach rechts können wir nicht erkennen. Eine interne Datenerhebung der Fördergesellschaft zeigt, dass die Spender*innen den Wiederaufbau - deckungsgleich mit der Stiftungsrhetorik - größtenteils zur Identitätswiederherstellung und Wiedergutmachung vermeintlich widerfahrenen Unrechts unterstützen.¹⁷ Die Gruppe Mitteschön, auch zur Anhörung im Hauptausschuss eingeladen, sang nach der Abschaltung des laut Paul Nolte „unzumutbaren“ Glockenspiels Woche für Woche gemeinsam mit AfD-Vertretern preußisches Liedgut auf der Plantage. Trotzdem wird sie von unserem sozialdemokratischen Oberbürgermeister als ernstzunehmende Bürgerinitiative behandelt. Angesichts der klaren Haltung, die der OB in der Stadtverordnetenversammlung gegen die AfD zeigt, mutet die unkritische Einbeziehung von Mitteschön seltsam an.

Wenn die Stadt Potsdam konsequent und glaubwürdig Haltung gegen Rechts zeigen will, wie sie es mit den Bündnissen „Potsdam bekennt Farbe“ und „Städte Sicherer Häfen“ tut, muss sie sich diesen Tatsachen stellen, anstatt sie unwidersprochen stehen zu lassen oder gar zu unterstützen.

6. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Die Stadt Potsdam muss endlich ihre politische Verantwortung im Bezug auf dieses geschichtsklitternde Prestigeprojekt wahrnehmen. Die vorliegende Beschlussvorlage ist dazu ungeeignet, schon allein, da sie die Ausgangslage verzerrt darstellt.

Zu unserer Bewertung der Behauptung einer „widersprüchlichen Beschlusslage“ siehe Punkt 1. Wir teilen die Ansicht, dass die dunkle Geschichte Potsdams bisher unzureichend aufgearbeitet ist, leiten daraus jedoch nicht die Alternativlosigkeit des Turms ab. Der Relativierung der Einzigartigkeit der Garnisonkirche mit Verweis auf die nationalsozialistische Geschichte anderer Städte stimmen wir nicht zu. Erstens beschränkt sich die politische Belastung der Garnisonkirche nicht auf den Zeitraum der NS-Herrschaft. Dieses Kapitel der Geschichte stellt vielmehr eine nahtlose Fortsetzung der Hetze und Kriegstreiberei der vorangegangenen zwei Jahrhunderte dar. Zweitens kritisieren wir die Gleichsetzung eines verklärenden Rekonstruktionsvorhabens mit der kritischen Umnutzung vorhandener Gebäude, die der OB als Vorzeigebispiel anführt.

Wenn der OB ernsthaft eine Beschäftigung mit der Frage anstrebt, was Demokratie stärkt und was sie gefährdet, empfehlen wir ihm, bei dem naheliegenden Untersuchungsgegenstand der Stiftung und ihres Turmbaus anzufangen und die Frage nach dem Bruch, nach einer kompetenten Auseinandersetzung mit

¹⁶ <http://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Vera-ab2019/NmS-Brosch-Garnisonkirche2019.pdf>

¹⁷ Potsdamer Spitze 2015, S. 22: https://garnisonkirche-potsdam.de/fileadmin/user_upload/Website/Mediathek/Dokumente/PS_2015_3.3_letzte_Fassung.pdf

der Geschichte vor Ort, nach einem Gebäude, das den Anforderungen des Nutzungszwecks folgt und nach der Trägerschaft nicht auf einen Nebenschauplatz auszulagern.

Dieses unbeholfene Manöver zeigt wieder deutlich das imaginäre Dilemma der Stadtpolitik in Sachen Garnisonkirche. Da die Stiftung ein Grundstück sowie eine Baugenehmigung für den Turm hat und sich konsequent weigert, von ihrem Vorhaben des im Wesentlichen originalgetreuen Wiederaufbaus abzuweichen, will die Stadt keinen politischen Spielraum in Bezug auf den laufenden Turmbau erkennen. Aber weder die Baugenehmigung noch die Stiftungssatzung *verpflichten* die Stiftung zum originalgetreuen Wiederaufbau des Turms. Stiftungszweck ist nicht der Turmbau. Er ist lediglich EIN Mittel zur Umsetzung des Stiftungszweckes. Die nötige Kehrtwende beim Projekt Garnisonkirche scheitert einzig und allein am Unwillen der Stiftung, wie schon der versuchte Bürgerdialog 2015 zeigte. Davon sollte sich die Stadt nicht einschüchtern lassen.

Mit Punkt a) der Beschlussvorlage will sich der Oberbürgermeister von seinem Auftrag, mit allen rechtlich zulässigen Mitteln der Stiftung Einhaltung zu gebieten, befreien lassen. Eine dahingehende Veränderung der Umstände, die einst zu der Entscheidung von 2014 führten, liegt jedoch nicht vor. Vielmehr hat sich die Stimmungs- und Faktenlage verschärft. Die eklatanten Mängel in der Arbeit der Stiftung bestehen weiterhin. Insofern halten wir eine Abkehr von dem jüngsten Beschluss für politisch fragwürdig. Der Beschluss könnte allenfalls anhand der Entwicklungen der letzten Jahre erneuert, ergänzt oder konkretisiert werden.

Die Stadtverordneten sollten den OB weiterhin damit beauftragen, die Stiftung unter Druck zu setzen und auf ihre Auflösung hinzuwirken. Es ist nicht zu spät: Die Stiftung ist allem Anschein nach ziemlich pleite und öffentlich permanent in der Kritik. Anlässlich der zunehmend staatlichen Finanzierung liegt die Maßnahme nahe, sich mit den anderen staatlichen Vertreter*innen im Kuratorium gegen jegliche öffentliche Förderung der Stiftung auf allen Ebenen einzusetzen – egal ob Stadt, Land oder Bund. Im Hinblick auf die unzureichende inhaltliche Arbeit der Stiftung soll der OB zusammen mit seriösen Initiativen einen Gegenentwurf zur Turmkopie und dem dazugehörigen Konzept entwickeln, sowohl zur äußeren und inhaltlichen Gestaltung als auch zur Trägerschaft, und dabei die Bürger*innen ernsthaft beteiligen.

Die Punkte b) und c) lehnen wir ebenfalls komplett ab. Wir sehen keine Notwendigkeit, von dem konsensfähigen Beschluss abzuweichen, die Frage nach dem Kirchenschiff zukünftigen Generationen zu überlassen. Angesichts des Unwillens bzw. der Unfähigkeit der Stiftung zu seriöser inhaltlicher Arbeit halten wir jegliche Beteiligung der Stiftung an der Gedenkkultur, Geschichtsaufarbeitung oder Jugendarbeit der Landeshauptstadt für inakzeptabel. Stattdessen sollte die Stadt den Bebauungsplan für die noch freie Fläche ändern und eine Teilrückgabe des Grundstücks fordern, damit die Zukunft der Fläche tatsächlich von zukünftigen Generationen gestaltet werden kann und nicht der Willkür der Stiftung ausgeliefert ist. Das wäre nicht nur die Grundvoraussetzung für eine ernstzunehmende öffentliche Debatte, sondern auch für den kompletten Erhalt des Rechenzentrums, den die Bürgerinitiative ausdrücklich fordert.